NRW: 69 Vorfälle mit Party-Song bekannt

Düsseldorf/Witten. Der Polizei in Nordrhein-Westfalen sind mit Stand 16. Juni insgesamt 69 Vorfälle bekanntgeworden, bei denen zu dem Lied „L'amour toujours" von Gigi D'Agostino rassistische Parolen gegrölt wurden. Das teilte das Innenministerium auf Anfrage mit. „Insbesondere seit dem Pfingstwochenende sind der Polizei Nordrhein-Westfalen vermehrt Vorfälle im Kontext zu „L'amour toujours" – „Ausländer-Raus"-Rufen/Gesängen zur Kenntnis gelangt."

Auch in einer Realschule in Witten hatte es einen Vorfall rund um das Lied gegeben hat. Fünf Schüler hatten am Montag während der Mottowoche die rassistischen Textzeilen gesungen. Die Polizei ermittelt gegen die Schulabgänger, die Mottotage wurden abgesagt, lediglich zur Zeugnisverleihung dürfen die Schüler noch zur Schule kommen.

Ein Video von Pfingsten hatte bundesweit für Empörung gesorgt. Darin hatte eine Gruppe junger Menschen bei einer Feier auf Sylt die rassistischen Parolen „Ausländer raus" und „Deutschland den Deutschen" zu dem Lied von Gigi D'Agostino gegrölt. Das NRW-Innenministerium fing für seine Zählung allerdings nicht erst an Pfingsten, sondern ein halbes Jahr vorher an, also im November 2023. *dpa/rd*

Zahl des Tages

521

Millionen Fahrgäste haben die nordrhein-westfälischen Verkehrsunternehmen im ersten Vierteljahr 2024 im Personennahverkehr befördert. Das waren sechs Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, wie das Statistische Landesamt am Mittwoch mitteilte.

Glosse

Politik der kleinen Tritte

Nur 2,35 Jahrhunderte nach dem Beginn der französischen Revolution, angeführt von einer freizügigen Frau mit Fahne, und noch Jahrzehnte nach der Einführung des Eidgenossinnenwahlrechts im hinterletzten Kanton der Schweiz ergibt sich das letzte gallige Dorf in Deutschland dem Gender-Wahn. Der Bürger- und Schützenverein Neuss beschloss, zukünftig auch Mitgliederinnen aufzunehmen.

Was Lünen für Dortmund ist bekanntlich Neuss für Düsseldorf, also Weideland, aber die Metropole der niederrheinischen Tiefstebene schmückt sich mit dem größten Stadtschützenfest in NRW vor dem sagenumwobenen Niederfeld-Bruchlohe im Merz-Sauerland hinter den sieben Zwergen. Prost. Frauen dürfen beim zukünftigen Bürgerinnen- und Schützinnenverein jedoch weiterhin nicht mitmarschieren, es sei denn in die Küche, und dem Vereinspräsidenten verdanken wir das Haha-Wort, man verfolge eine Politik der kleinen Schritte.

Eine Politik der kleinen Tritte gegenüber den Trippelbrüdern in Alt-Neuss darf man sich wünschen, keinesfalls aber weitere Stadtschützenfestauftritte von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst. Kann er ja dem Sauerländer überlassen. *(gh)*

Plötzlich waren 250.000 Euro auf dem Konto

Als Kind wurde Rolf Fahnenbruck jahrelang von einem Küster gepeinigt. Das Bistum zahlte ihm nun eine Rekordsumme

Ute Schwarzwald

Essen. Der Anruf der Bank kam noch vor dem Bescheid: 250.000 Euro seien auf seinem Konto eingegangen, erklärte man Rolf Fahnenbruck. Nach dem Geldwäschegesetz sei man verpflichtet zu fragen: Wofür er eine so hohe Summe erhalte? Der 70-Jährige sagte nur: „Schauen Sie auf den Absender. Erklären tue ich es nicht."

Nicht schon wieder. Nicht noch einmal erzählen, was ihm als Kind, als Messdiener im Bistum Essen unvorstellbar Furchtbares geschah. Dass ein Küster ihn verstümmelte. Dass ihn der Missbrauch traumatisierte, in den Alkoholismus, die Gewalttätigkeit und vier Suizidversuche trieb. Dass er sein Leben bis heute prägt. Und dass ihm im „Verfahren zur Anerkennung des Leids" deswegen nun insgesamt 330.000 Euro zugesprochen wurden. Es ist die bislang höchste Summe für ein Missbrauchsopfer der katholischen Kirche.

Rolf Fahnenbruck beim Besuch der WAZ vor zwei Jahren. Damals war er Sprecher des Betroffenenbeirats des Bistums Essen. LARS HEIDRICH / FUNKE FOTO SERVICES

Am Antrag drei Wochen gesessen

80.000 Euro hatte Fahnenbruck auf frühere Anträge bereits erhalten, den ersten stellte er 2010. Mit maximal 20.000 weiteren Euro hatte er nun gerechnet. Dass es 250.000 wurden, „hat mich total überrascht", erzählt der Rentner am Telefon, seit 2018 lebt er in Bayern. Gefreut – hat es ihn im Grunde nicht. „Obwohl das Geld eine Beruhigung ist. Ich kann mein Alter jetzt besser planen, mir davon eine gute Versorgung leisten, wenn ich pflegebedürftig werde." Eine Pflegerin für daheim oder ein Einzelzimmer im Heim vielleicht – denn einen Mann im Bett neben sich, einen Mann als Pfleger: Das ist für ihn unvorstellbar. „Jede Form von körperlicher Nähe durch einen Mann ist mir noch heute unerträglich."

Am Antrag für die UKA, die Unabhängige Kommission für Anerkennungsleistungen, habe er drei Wochen gesessen. Nicht nur wer, wann und wo gelte es darin aufzulisten, sondern vor allem, die Folgen des Missbrauchs deutlich zu machen. Das habe ihn „unheimlich belastet", alte Wunden aufgerissen. „Nachts, wenn ich im Bett liege, kommt nun wieder der Geschmack des Täters hoch, der fahle, ekelhafte Geschmack eines alten Mannes." Wellenartig überfielen ihn auch andere Erinnerungen. Details, die er längst vergessen wähnte, seien plötzlich wieder präsent, dass sein Peiniger, der ihn wiederholt mit einem Skalpell verletzte, danach nicht nur Wachs in seine Wunden streute etwa – sondern später auch Pfeffer, „weil das mehr schmerzte".

Drei Jahre lang quälte der Täter, ein Mann um die 60, Küster und Organist der Oberhausener St. Josef-Gemeinde, Rolf Fahnenbruck, der damals Messdiener in der St. Marien-Gemeinde war – und zu Beginn des Missbrauchs gerade einmal elf Jahre alt. Vor zwei Jahren erzählte Fahnenbruck – da war er noch Sprecher des Betroffenenbeirats im Bistum Essen – der WAZ seine erschütternde Geschichte. „Andere haben viel Schlimmeres erlebt", betonte er.

Gemein sei allen Opfern: dass ihnen zunächst niemand glaubte. Als Fahnenbruck sich seinem Vater anvertraute, setzte es Prügel, weil das Kind „Schande über die Familie" brachte. Er käme in die Hölle wegen solcher Lügengeschichten, versprach der Pfarrer und die Oma sagte nur: „So sind sie halt, die Pfaffen." Im Schreiben der UKA, das Rolf Fahnenbruck Mitte Juni in seinem Briefkasten fand, heißt es nun: „Angesichts der geschilderten Taten und ihrer Folgen sowie des Umgangs mit dem Fall durch verantwortliche Personen wird eine materielle Leistung in der festgesetzten Höhe, auch unter Berücksichtigung vergleichbarer Taten, für angemessen, aber auch erforderlich gehalten."

Die UKA war im Januar 2021 von der Katholischen Kirche eingerichtet worden, Betroffene müssen sich seither an sie wenden, zuvor lagen die Zahlungen im Ermessen der einzelnen Diözese. Liegt die Anerkennungsleistung, die die UKA für richtig hält, über 50.000 Euro, muss die Kirche vor Ort allerdings noch immer zustimmen. „Bemerkenswert" findet Rolf Fahnenbruck, dass das Bistum Essen seine „extrem hohe Summe" einfach durchwinkte. „In anderen Bistümern läuft das viel weniger reibungslos." Beim Essener Generalvikar Klaus Pfeffer hat er sich dafür förmlich bedankt, am kommenden Freitag sei man für ein Gespräch verabredet.

Fahnenbruck sagt heute, er sei mit sich im Reinen; er habe ein gutes Leben, eine tolle Partnerin. Dem Täter, der längst nicht mehr lebt, habe er vergeben. Wofür er nun ehrenamtlich kämpft, seit er der Folgeschäden des Missbrauchs wegen früh verrentet wurde, ist: Dass niemand mehr das erleiden muss, was er erleiden musste. Dass keinem Kind, keiner Frau, keinem Mann mehr sexuelle Gewalt angetan wird. In seiner neuen Heimat gründete er dazu die Betroffeneninitiative BIN, er berät zudem Betroffene, die einen Antrag auf Anerkennung des Leids bei der UKA stellen wollen; das Verfahren sei kompliziert und intransparent. „Es gibt eine Menge Fallstricke. Viele Betroffene quälen sich durch die Anträge, werden darüber ganz mutlos."

> Es gibt viele Fallstricke. Viele Betroffene quälen sich durch die Anträge, werden darüber ganz mutlos.
>
> **Rolf Fahnenbruck,** Missbrauchsopfer

Den Glauben habe ihm sein Peiniger indes nicht nehmen können, sagt Fahnenbruck. „Das war er nicht wert." Der 70-Jährige ist noch immer nicht aus der Kirche ausgetreten, besucht regelmäßig die Gottesdienste. Und er sagt: Viel habe sich bereits zum Besseren gewendet, seit 2010 der Missbrauchsskandal im Berliner Canisius-Kolleg öffentlich wurde – und auch er nach 40 Jahren sein Schweigen brach. „Man hat gerade im Bistum Essen dazugelernt, Strukturen verändert, Hilfs- und Therapieangebote aufgebaut." Und, was ihm am wichtigsten ist: „Das Bistum bringt das Thema Missbrauch jetzt in die Pfarrgemeinden."

194 Anträge auf Anerkennungsleistungen wurden im Bistum Essen bis Ende vergangenen Jahres gestellt. Nach Angaben des stellvertretenden Pressesprechers Jens Albers ist über 152 Anträge bereits entschieden worden. Das Bistum habe bislang exakt 3,258 Millionen Euro ausgezahlt. Die Mittel stammten aus dem Erlös von Immobilienverkäufen.

„Das Geld", sagt Fahnenbruck, „hilft. Aber wir Opfer wollen vor allem, dass man uns zuhört." Er selbst machte irgendwann eine Psychotherapeuten-Ausbildung und hört noch immer zu. Heute Nachmittag der Frau eines gewalttätigen Mannes. Ein Leben lang habe er sie und die Kinder gequält, erzählte die Frau ihm vorab. Sie könne das nicht mehr ertragen, aber sie wisse ja: Auch er war als Kind ein Missbrauchsopfer.

Deutschland wächst bis 2045 auf 85,5 Millionen Einwohner

Bevölkerungsprognose: In NRW bleibt es bei mehr als 18 Millionen Menschen. Große Unterschiede in den Regionen

Bonn. Nordrhein-Westfalen wird seine Einwohnerzahl bis 2045 einer neuen Prognose zufolge bei mehr als 18 Millionen Menschen halten können. Zu diesem Schluss kommt das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) in einer aktuellen Berechnung, die am Mittwoch in Bonn vorgestellt wurde. Die Einwohnerzahl Deutschlands wird sich laut der Prognose bis 2045 auf 85,5 Millionen Menschen erhöhen. Die Experten rechnen bundesweit mit einem Zuwachs von rund 800.000 Menschen - oder 0,9 Prozent - im Vergleich zum Jahr 2023.

In NRW rechnen die Experten mit einer Bevölkerung von 18,1 Millionen Menschen im Jahr 2045. Verglichen mit dem Jahr 2021 (rund 17,9 Millionen), das in der Analyse des BBSR herangezogen wird, wäre das ein Zuwachs von rund einem Prozent. Allerdings geht aus neueren Zahlen des Statistischen Landesamtes von NRW hervor, dass die Zahl der Einwohner schon Ende Juni 2023 bei rund 18,2 Millionen Menschen lag. Die Einwohnerzahl von 2021 spiegelt zum Beispiel keine Zuwanderung aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine seit 2022 wider.

Zudem gibt es von Region zu Region große Unterschiede - oft profitieren Städte, oft verlieren eher ländliche Regionen. „Die strukturstarken Regionen in Nordrhein-Westfalen haben eine deutlich günstigere, vorteilhaftere Bevölkerungsentwicklung als die strukturschwachen Regionen", sagte der wissenschaftliche Projektleiter Steffen Maretzke. Für Münster etwa gehen die Demografen von einem Zuwachs von 12,7 Prozent (im Vergleich zu 2021) auf dann 358 000 Einwohner aus. Bonn wächst demnach um 7,7 Prozent, der Kreis Kleve um 5,8 Prozent und Köln um 5,3 Prozent. Auf Schrumpfkurs sind dagegen mehrere Regionen im Osten von NRW. Darunter der Kreis Olpe (minus 8,3 Prozent), der Hochsauerlandkreis (minus 6,7 Prozent) sowie der Kreis Höxter (minus 6,5 Prozent).

Vor allem die Großstädte gewinnen Einwohner hinzu. FUHRMANN / FFS

Die prognostizierte Entwicklung spiegelt den gesamtdeutschen Trend. Während wirtschaftsstarke Großstädte und ihr Umland weiter wachsen würden, gehe der Rückgang an Bevölkerung in strukturschwachen Gegenden abseits der Metropolen weiter, so das BBSR.

Zuwanderung erwartet

Als Erklärung nannte das Institut die erwartete Zuwanderung aus dem Ausland. Ohne sie sähe das Ergebnis der Rechnung ganz anders aus. „Ohne Zuwanderung aus dem Ausland würde die Bevölkerungszahl Deutschlands im Jahr 2045 bereits deutlich niedriger liegen, weil die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten bei weitem übersteigen wird", erklärte Peter Jakubowski, Leiter der Abteilung Raum- und Stadtentwicklung im BBSR. *dpa*